D-01-022

Dringlichkeitsantrag: Solidarität mit Israel: Für Frieden, gegen Hass und Terror



49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: Christian Sterzing (KV Südliche Weinstraße)

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 21 bis 29:

7. Oktober führt Israel deshalb Krieg gegen die Hamas im Gazastreifen. Unter diesem Krieg leidet die palästinensische Zivilbevölkerung; es sind bereits Tausende Zivilist*innen, darunter auch zahlreiche Journalist*innen wie auch Mitarbeiter*innen der UN, umgekommen - dieses Leiden macht uns tief betroffen, es ist Teil des zynischen Kalküls der Terroristen. Die Hamas missbraucht die eigene Bevölkerung als menschliche Schutzschilder und versteckt ihre Kämpfer und Waffen in und unter ziviler Infrastruktur. Dieses Drehbuch darf nicht aufgehen. Wir setzen uns vehement für die Freilassung aller von der Hamas verschleppten Geiseln und für humanitäre Pausen ein. Auch der Raketenterror der Hamas und anderer extremistischer Gruppen muss sofort unterbunden werden. Zivilbevölkerung. Tausende Zivilist*innen, nicht zuletzt Kinder, sterben durch die israelischen Angriffe. Dieses Leiden macht uns tief betroffen. Es ist auch Teil des zynischen Kalküls der Terroristen, denn die Hamas missbraucht die eigene Bevölkerung als menschliche Schutzschilder und versteckt ihre Kämpfer und Waffen in und unter ziviler Infrastruktur. Doch trotz dieser Strategie der Hamas gilt auch für Israel das völkerrechtliche Gebot der Verhältnismäßigkeit. Die israelischen Angriffe haben ein Ausmaß angenommen, das die Spirale von Hass und Radikalisierung weiter anfacht. Wir verurteilen die Aufrufe hochrangiger israelischer Politiker*innen zu Vertreibungen und Gewalt gegen Zivilist*innen. Wir begrüßen deshalb die Resolution des UN-Sicherheitsrats, die Konfliktparteien zur Einhaltung des humanitären Völkerrechts aufzufordern und besonders durch ausgedehnte humanitäre Pausen den Schutz der Zivilbevölkerung zu gewährleisten. Nur durch eine zumindest begrenzte Einstellung der militärischen Aktivitäten beider Konfliktparteien wird eine ausreichende humanitäre Versorgung der Zivilbevölkerung im Gazastreifen möglich sein.

Wir rufen auch zur Beendigung der verschärften Blockade des Gazastreifens durch Israel unter Berücksichtigung legitimer israelischer Sicherheitsinteressen auf.

Wir fordern die unbedingte und sofortige Freilassung aller von der Hamas verschleppten Geiseln.

weitere Antragsteller*innen

Frauke Neumann-Silkow (KV Frankfurt); Barbara Unmüßig (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Steffen Hagemann (KV Kaiserslautern); Udo Lichtenthäler (KV Landau); Peter Kallusek (KV Südliche Weinstraße); Jochen Aulbach (KV Main-Kinzig); Ingrid Bäumler (KV Cochem-Zell); Simone Fischer-Gora (KV Südliche Weinstraße); Markus Schopp (KV Berlin-Mitte); Helmut Schwehm (KV Südliche Weinstraße); Thorben Thieme (KV Neuwied); Gerhard Rodrian (KV Südliche Weinstraße); Horst Bäuml (KV Bad Dürkheim); Christian Masser (KV Südliche Weinstraße); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Ursula Hertel-Lenz (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Bettina Deutelmoser (KV Stade); Sigrid

Pomaska-Brand (KV Märkischer Kreis); Svenja Borgschulte (KV Berlin-Pankow); sowie 35 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.